

Region

In der ideologischen Kampfzone

Überbauung in der Lorraine Nach zehnjährigem Hickhack beugt sich der Stadtrat über einen neuen Vorschlag für die Überbauung am Berner Centralweg. Dieser löst keine Begeisterung aus, dafür könnte er gebaut werden.

Benjamin Bitoun

Das kleine Stück Land am Centralweg 9 im Berner Lorrainequartier gehörte in den letzten Jahren zu den wohl am härtesten umkämpften Orten der Stadt.

Protagonisten traten seit 2008 zuhauf in Erscheinung. Da gibt es den umtriebigen Rotlicht-Unternehmer von nebenan, der immer wieder die Bauabsichten der Stadt durchkreuzte. Dann die GLP Stadt Bern, die – eher unerwartet – durchbrachte, dass die auf dem Grundstück geplanten Wohnungen zu Marktpreisen vermietet werden müssen. Ferner ein Quartierverein und Politiker, die sich dagegen zur Wehr setzten, auf dem Bau von günstigerem Wohnraum bestanden und versuchten, den unliebsamen Stadtratsbeschluss rückgängig zu machen. Einer von ihnen, Alt-Stadtrat Luzius Theiler (GaP), ging dafür bis vor Bundesgericht.

Abstriche beim Baustandard

Trotz der belasteten Vorgeschichte hat es der Berner Stadtrat am Donnerstag in der Hand, für die Politquartiergeschichte Centralweg doch noch ein Happy End zu schreiben: Dann nämlich beugt er sich über den neuesten Lösungsvorschlag des Gemeinderats – ein Bauprojekt von dreizehn Wohnungen, die gegenüber den ursprünglich geplanten deutlich abgespeckt daherkommen.

Präsentiert hat der Gemeinderat das Projekt Anfang März, nur wenige Wochen nachdem der städtische Finanzdirektor Michael Aebersold (SP) angekündigt hatte, anlässlich der klammen Stadtfinanzen bei Bauprojekten künftig genau hinschauen zu wollen, ob es nicht auch billiger ginge.

Im Fall des Centralwegs kam die Stadtregierung zum Schluss: Es geht durchaus billiger. Denn obwohl das überarbeitete Bauvorhaben mit der bestehenden Bewilligung realisiert werden kann, blieb kaum etwas übrig vom architektonischen Hingucker-Projekt, das der Gemeinderat vor nunmehr zehn Jahren präsentierte. Auf die ovalen, frei



Heute Stadtgarten, bald schon Wohnungen: Die Brache am Centralweg im Berner Lorrainequartier soll nach langem Hickhack überbaut werden. Foto: Adrian Moser

stehenden Balkone, denen das Projekt seinen wohlklingend grünen Namen «Baumzimmer» verdankte, wurde ebenso verzichtet wie auf die Verwendung des Baumaterials Holz. Selbst das prestigeträchtige Minergie-Label wurde aus Kostengründen eingespart.

Billiger bauen für niedrigere Mieten

Der Spareffekt ist massiv: Insgesamt konnten die geplanten Baukosten von 8,8 Millionen Franken um rund eine Million auf

knapp 7,8 Millionen Franken gesenkt werden.

Das sei möglich, weil das ursprüngliche Bauprojekt nicht auf Zweckmässigkeit und Kosteneffizienz ausgerichtet gewesen sei, sondern durch Gestaltung, Bauweise, Energetik und Ausbaustandard besonderen Ansprüchen habe genügen müssen, begründet die Stadt.

Anlass für die baulichen Abstriche gab indes nicht in erster Linie die klappte Stadtkasse, sondern ein Streit über die Höhe der Mieten. 2013 überwies der

Stadtrat einen Vorstoss der GLP, wonach die neuen Wohnungen am Centralweg zu Marktmieten abzugeben seien und nicht von der Stadt subventioniert werden dürften. In der Folge hagelte es aus der Politik und aus dem Quartier Kritik an den teuren «Luxuswohnungen», die zur rasanten Gentrifizierung der Lorraine beitragen würden.

Die Kosteneinsparungen beim neuen Projekt ermöglichen der Stadt nun, den Kritikern entgegenzukommen und das geplante Mietzinsniveau deut-

lich zu senken. Anstatt knapp 2600 Franken kostet eine 4½-Zimmer-Wohnung im Erdgeschoss dadurch nur noch knapp 1900 Franken, was als preisgünstig gilt.

Noch mehr günstige Wohnungen gefordert

Catherine Weber vom Quartierverein Läubigi Lorraine zeigt sich damit zufrieden – zumindest teilweise. «Unsere Hauptforderung nach billigeren Wohnungen wurde erfüllt», sagt sie. Aber im Grunde sollte die Stadt alle Wohnungen am Centralweg als günstigen Wohnraum mit Vermietungskriterien (GüWR) vermieten, fordert Weber und spricht damit auf einen entsprechenden Antrag der vorbereitenden Kommission an. Sie sagt: «Würde die Stadt ihre Renditeerwartungen noch ein wenig weiter senken, dann wären alle in der Lorraine glücklich.»

Darüber dürften die Meinungen an der kommenden Stadtratsitzung auseinandergehen. «Zusätzlich Wohnungen im GüWR-Segment anzubieten, ist für unsere Fraktion bei diesem komplexen Projekt nicht angezeigt», sagt etwa Lukas Gutzwiller, Präsident der GFL/EVP-Fraktion. Seine Fraktion unterstütze deshalb das Projekt so, wie es durch den Gemeinderat angepasst worden sei.

Die Wohnungen würden zu Kostenmieten vergeben und damit voraussichtlich unter Marktniveau liegen, so Gutzwiller. Dadurch werde die Rendite für den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik bereits um rund ein Viertel oder 100'000 Franken pro Jahr geschmälert, was einer Quersubvention entspreche. Er betont aber: «Es ist ein akzeptabler Klimmzug, der hier dem Gemeinderat gelungen ist.»

Bei der Forderung nach einem noch grösseren Anteil an günstigen Wohnungen gehe es dem Quartierverein nicht zuletzt auch um die Akzeptanz der Überbauung im Quartier, hält Catherine Weber dagegen. Schliesslich seien die Mieten immer noch eher hoch. «Wir wollen keine Farbanschläge wie bei den teuren Wohnungen auf dem Serini-Areal an der Lorrainestrasse.»

Nachrichten

Sieben neue Fälle

Corona-Statistik Sieben Personen wurden im Kanton Bern seit Montag positiv auf das Coronavirus getestet, wie der Website be.ch/corona zu entnehmen ist. Zwei der Betroffenen stammen je aus der Stadt Bern und Köniz, je eine aus Lyss, Seedorf und Valbirse. (red)

Stadt fällt 14 Bäume

Bern Die Buslinie 12 wird bis zum neu entstehenden Warmbächliareal verlängert. Dort wird eine neue Wendeschleife gebaut. Für das Projekt werden 14 Bäume gefällt, wie der «Bund» berichtet. Bei einem Teil der Quartierbewohner soll dies zu Unmut geführt haben. Ein Vertreter des städtischen Tiefbauamts betont, dass die Stadt bei der Planung versucht habe, möglichst viele Bäume zu schonen. (sny)

Kanton für Kampffjets

Regierungsrat Die Berner Regierung stellt sich hinter die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, über die am 27. September abgestimmt wird. Die Kampffjets tragen dazu bei, den Flugplatz Meiringen mit rund 200 Arbeitsplätzen und rund 25 Ausbildungsplätzen zu erhalten. Am Standort Meiringen habe das VBS seit 2015 rund 28 Millionen Franken investiert. Bis 2025 seien weitere 55 Millionen geplant. (sda)

178 Bussen, 7 Anzeigen

Grimsel Die Polizei hat im Rahmen einer gezielten Verkehrskontrolle an vier Standorten beim Grimselpass 178 Verkehrsteilnehmer gebüsst und 7 wegen massiv überhöhter Geschwindigkeit bei der zuständigen Staatsanwaltschaft angezeigt. Die Kantonspolizei kündigt weitere gezielte Tempokontrollen an, auch entlang der Passstrassen. (red)

Wir gratulieren

Fiamatt Heute feiert **Else Boschung-Lehnen**, Gfellerstrasse 1, ihren 98. Geburtstag. (pd)

Lohnstorf/Riggisberg Gestern konnte **Anna Portner-Krebs** in ihrer Alterswohnung ihren 95. Geburtstag feiern. (eml)

Wir gratulieren den Jubilarinnen ganz herzlich und wünschen alles Gute.

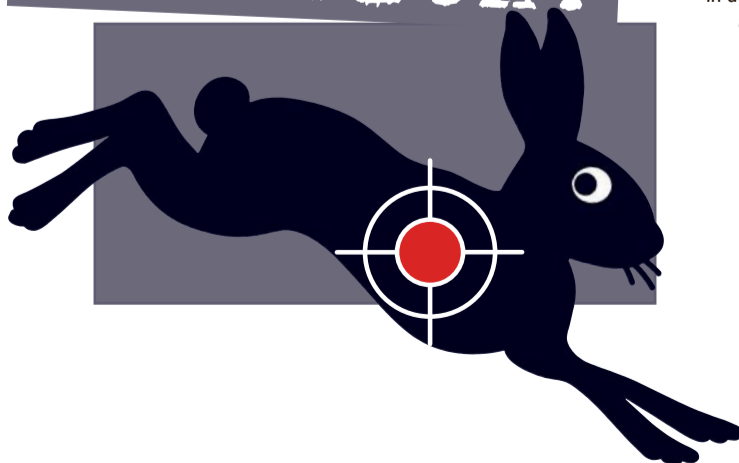
ANZEIGE

Unglaublich, im Jahr 2020!

- Das neue Jagdgesetz **schwächt den Schutz** von Säugetieren und Vögeln wie Luchs, Biber, Fischotter und Graureiher.
- Es erlaubt die **Trophäen-Jagd** und den **Abschuss bedrohter Tiere** wie Feldhase, Schneehuhn, Birkhahn und Waldschnepfe.
- Abschüsse geschützter Tiere sind möglich, **ohne dass diese je Schäden** angerichtet haben. Selbst in Wildtier-Schutzgebieten!

Töten statt schützen?

1'600 Feldhasen werden in der Schweiz jährlich abgeschossen!



Es braucht eine sinnvolle Regelung für den Umgang mit dem Wolf, kein Abschussgesetz für alle möglichen Tierarten.

Ein **NEIN** macht den Weg frei für eine verantwortungsvolle Jagd.

27. Sept. 2020

Nein

Umdenken, jetzt!
Abschuss-Gesetz

Der Schweiz. Forstverein, das Bergwaldprojekt und Pro Silva sagen **NEIN**. Ebenso alle Schweizer Natur- und Tierschutzorganisationen sowie zahlreiche National- und Ständeräte aus allen Lagern. Und die Parteien EVP, FDP AG/BE, CVP GE, Grünliberale, Grüne Partei, SP.

Verein «Jagdgesetz NEIN», Dornacherstr. 192, 4018 Basel jagdgesetz-nein.ch